

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK AN DER JAHRESWENDE 1964/65

An der Jahreswende 1964/65 erscheint die westdeutsche Wirtschaft in einer bei starker Expansion stabilen Lage. Die Sorge, daß sich die zügige Konjunktur übersteigert, ist, anders als vor einem halben Jahr, nicht mehr vorherrschend. Das ist vor allem auf die Verschiebung der ausschlaggebenden konjunkturellen Auftriebskräfte von der Auslandsnachfrage auf die Inlandsnachfrage zurückzuführen. Das *Auslandsgeschäft*, von dem vor ein- einhalb Jahren die entscheidenden Impulse für den erneuten Konjunkturaufschwung ausgingen, hat seit dem letzten Sommer — hauptsächlich infolge der Restriktionsmaßnahmen in einigen europäischen Ländern — in seinem Wachstum erheblich nachgelassen. Stärkste konjunkturelle Auftriebskraft ist gegenwärtig die Nachfrage der inländischen Unternehmen und der öffentlichen Körperschaften nach *Investitionen* sowie nach den hierfür benötigten Erzeugnissen der Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie. Die expansive Unternehmersnachfrage stützt sich auf eine für die jetzige Konjunkturphase charakteristische starke Zunahme der Gewinne und auf hohe Gewinnerwartungen. Demgegenüber sind die Löhne und Gehälter immer noch hinter der durchschnittlichen Entwicklung zurückgeblieben, allerdings wird der Abstand geringer. Infolgedessen erhält die Konjunktur allmählich auch vom *privaten Verbrauch* wieder stärkeren Auftrieb; im ganzen wirkt er jedenfalls zur Zeit stabilisierend auf das Wirtschaftswachs-

Das *Warenangebot* ist nach wie vor elastisch. Trotz einer im Vergleich zum Vorjahr stärkeren Kapazitätsausnutzung wurden die Grenzen der Produktionsmöglichkeiten im allgemeinen noch nicht erreicht, zumal sich diese Grenzen infolge der starken Investitionstätigkeit rasch ausweiten: Für 1964 wird mit einer Vergrößerung der industriellen Produktionskapazität um knapp 7 vH gerechnet. Begrenzter als das Warenangebot ist das Angebot an Dienstleistungen. Hier ist die große Knappheit an Arbeitskräften besonders stark zu spüren.

In unserem letzten Vierteljahresbericht zur Wirtschaftslage (GM 11/1964 S. 685 ff.) schätzten wir bereits, daß im Jahre 1964 das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Bundesrepublik (einschließlich Westberlin), daß mit anderen Worten das Bruttosozialprodukt um nahezu ein Zehntel ansteigen wird.

Damit rechnet auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das in seinem Wochenbericht vom 13. November 1964 einen Rückblick auf die Wirtschaftstätigkeit im abgelaufenen Jahr gegeben und die Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1965 gezeichnet hat. Danach beträgt das Bruttosozialprodukt im Jahre 1964 etwa 414 Md. DM, und es liegt damit um 37 bis 38 Md. DM über dem des Jahres 1963. Drei Zehntel des Zuwachses entfallen allerdings auf Preissteigerungen, so daß die *reale* Zunahme 7 vH beträgt. Seit 1960 gab es nicht mehr einen so großen *realen* Zuwachs; er ist mehr als doppelt so groß wie der des Jahres 1963 (3,2 vH).

Entsprechend dem Konjunkturverlauf im Jahre 1964 weisen von den großen Verwendungsbereichen des Sozialprodukts der *private Verbrauch* mit 8 vH und der *öffentliche Verbrauch* mit 6 vH unterdurchschnittliche Zuwachsraten auf. Erheblich größer als das Sozialproduktswachstum war dagegen die Zunahme der *Bruttoinvestitionen* mit 16 vH. Die *Ausfuhr* stieg — immer nach der Schätzung des Instituts — um 11 vH und die *Einfuhr* um 10,5 vH an.

Ausblick auf 1965

Für 1965 rechnet das Institut damit, daß sich die Konjunktur stärker als bisher auf die Nachfrage der privaten Haushalte stützen wird. Eine etwas beschleunigte Lohn- und Gehaltsentwicklung, die relativ erheblichen Rentenerhöhungen und die Steuerermäßigungen werden zu einer Ausweitung der privaten Nachfrage führen. Aber auch im neuen Jahr dürfte die Zuwachsrate des privaten Verbrauchs noch etwas unter der des Bruttosozialprodukts liegen, und die Gewinne werden ebenso wie die Investitionen überdurchschnittlich zunehmen. Insgesamt wird nach der Schätzung des Forschungsinstituts das wirtschaftliche Wachstumstempo im Jahre 1965 dem des Jahres 1964 gleichen: Die *nominale* Wachstumsrate wird gleichbleibend mit 10 vH angenommen. Dabei wird allerdings für 1965 mit einem stärkeren Preisanstieg als im vorigen Jahr geredinet; vier Zehntel des Sozialproduktzuwachses werden auf Preissteigerungen zurückzuführen sein. Infolgedessen ist die angenommene *reale* Zuwachsrate mit 6 vH etwas niedriger als 1964.

Diese optimistische Schätzung findet in der günstigen Entwicklung der industriellen Aufträge eine Stütze. Zwar ist der Wert der Auftragsgänge bei den Industrieunternehmen im Oktober 1964¹⁾ nur um 4 vH höher als

1) Dieser Bericht wurde am 13. Dezember 1964 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über den Außenhandel sowie über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie erst bis zum Oktober 1964

im Oktober 1963, damals war aber ein extrem günstiges Ergebnis zu verzeichnen. Typisch dürfte die Zunahme der Bestellungen in der Industrie um 12,4 vH im 3. Vierteljahr 1964 sein. Dabei betrug die Zuwachsrate der Auftragseingänge aus dem Inland 13,8 vH und aus dem Ausland 7,6 vH. Die Grundstoffindustrie steht an der Spitze der Nachfrageexpansion. Im ganzen sind indessen die Unterschiede zwischen den großen Industriebereichen in letzter Zeit geringer geworden. Auch die Verbrauchsgüterindustrie konnte eine erhebliche Zunahme der bei ihr eingehenden Bestellungen verbuchen, sie dürfte dabei mehr noch als von der tatsächlichen von der vom Handel erwarteten Belegung des privaten Verbrauchs profitieren.

In den zehn Monaten Januar bis Oktober 1964 waren die von den Industrieunternehmen gemeldeten Auftragseingänge — dem Wert nach — um 14 vH größer als im gleichen Vorjahrszeitraum. Die Inlandsbestellungen erhöhten sich dabei um 14 vH, die Aufträge aus dem Ausland um 12 vH. In der Grundstoffindustrie war eine Zunahme der Auftragseingänge um 16 vH zu verbuchen, in der Investitionsgüterindustrie um 13 vH und in der Verbrauchsgüterindustrie um 12 vH. Kennzeichnend für die Investitionskonjunktur ist die hohe Zuwachsrate von 21 vH (1. bis 3. Vierteljahr 1964) im Maschinenbau, wo der größte Teil der Ausrüstungsinvestitionsgüter hergestellt wird. Aber auch der starke Anstieg der — in Kubikmeter umbauten Raum gemessenen — Genehmigungen für Wirtschaftsbauten um rund ein Fünftel in den Monaten Januar bis Oktober 1964 läßt die hohe Investitionsbereitschaft der Unternehmer — hier insbesondere zu Erweiterungsinvestitionen — erkennen. Die Baugenehmigungen für öffentliche Bauten stiegen um 16 vH, die für Wohnungen dagegen nur um 6 vH an.

Hohes Produktionswachstum in der Industrie

Langsamer als die Auftragseingänge nahmen die Umsätze der Industrie zu, sie waren in dem Zeitraum Januar bis Oktober 1964 um rund ein Zehntel größer als im entsprechenden Vorjahrszeitraum. Infolgedessen erhöhten sich die Auftragsbestände. Auch die Wachstumsrate der *Industrieproduktion* war niedriger; sie betrug für den genannten Zeitraum — je Arbeitstag gerechnet — 8 vH. Mit 13 vH weit überdurchschnittlich nahm dabei die Erzeugung in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie zu, während der Produktionszuwachs in der Investitionsgüterindustrie 8 vH, in der Verbrauchsgüterindustrie 7 vH und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 4 vH betrug. An dieser Differenzierung hat sich in den letzten Monaten nichts Wesent-

liches geändert. Das kräftige Produktionswachstum wurde fast ausschließlich durch den starken Produktivitätsfortschritt erreicht.

Die Industrieproduktion dürfte von 1963 bis 1964 um etwa 9 vH gewachsen sein, wobei die größere Zahl von Arbeitstagen im Jahre 1964 berücksichtigt ist. Für 1965 rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bei weiterhin großer Produktivität mit einem industriellen Produktionswachstum von 7,5 vH.

Umschwung im Außenhandel

Daß der anfangs sehr lebhaft Konjunkturaufschwung sich entgegen manchen Befürchtungen bisher nicht zu einem inflationistischen Boom übersteigerte, liegt, wie bereits erwähnt, vor allem an der Abschwächung des Auslandsgeschäfts. Nicht nur bei den Auslandsaufträgen, sondern auch bei den Exportlieferungen hat sich die Wachstumsrate erheblich verringert. Zum erstenmal seit Ende 1962 nahm in den letzten Monaten die Ausfuhr wieder nicht mehr so stark zu wie die Einfuhr. In dem Zeitraum Juli bis Oktober 1964 lag die Ausfuhr nur noch um 6,3 vH über dem entsprechenden Vorjahrsergebnis; vergleichsweise betrug die Zuwachsrate im 1. Vierteljahr 1964 fast 21 vH. Die Ausfuhr in andere EWG-Länder, die 1963 gut 37 vH der gesamten Ausfuhr ausmachte, nahm im 3. Vierteljahr 1964 überhaupt nicht mehr zu, während sie im 1. Vierteljahr noch um fast ein Viertel angestiegen war. Die Ursache dieses Wachstumsstillstandes liegt in den konjunkturpolitischen Einschränkungsmaßnahmen in Italien und Frankreich. Infolgedessen ging z. B. die Ausfuhr nach Italien im 3. Vierteljahr 1964 — verglichen mit dem gleichen Vorjahrszeitraum — um 31,5 vH zurück. Da sich andererseits die Einfuhr aus den EWG-Ländern noch etwas beschleunigte, nahm der Ausfuhrüberschuß im Verkehr mit der EWG von 790 Mill. DM im 1. Vierteljahr 1963 auf fast ein Viertel, nämlich auf 201 Mill. DM, im 3. Vierteljahr 1964 ab.

Das Wachstumstempo der Einfuhr war in letzter Zeit fast doppelt so groß wie das der Ausfuhr; im Zeitraum Juli/Okttober 1964 wurden für 12,4 vH mehr Waren eingeführt als ein Jahr zuvor. Namentlich die Einfuhr von kommerziellen Fertigwaren nahm stark zu, im 3. Vierteljahr 1964 um 22 vH.

Der eben dargestellte Umschwung im Außenhandel wird in den Jahresergebnissen noch nicht zum Ausdruck kommen. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1964 wurden insgesamt Waren im Werte von 47,7 Md. DM eingeführt, das waren 10 vH mehr als im gleichen Vorjahrszeitraum. Die Ausfuhr stieg gleichzeitig noch stärker an, nämlich um 12 vH auf 53,2 Md. DM. Daraus ergab sich ein Ausfuhrüberschuß in Höhe von 5,5 Md. DM ge-

genüber 4 Md. DM vor Jahresfrist. In den vier Monaten Juli bis Oktober 1964 betrug der Ausfuhrüberschuß indessen nur 1,15 Md. DM, während er sich im entsprechenden Vorjahrszeitraum noch auf 2,1 Md. DM belief.

Wandel in der Bauwirtschaft

Auch in der Bauwirtschaft hat sich im abgelaufenen Jahr ein Wandel bemerkbar gemacht, der ebenfalls dazu beigetragen hat, daß die Konjunktur bisher nicht überhitzt wurde. Während die *reale* Bauproduktion im 1. Vierteljahr 1964 — allerdings bedingt durch die im Vergleich zu den ungewöhnlich kalten Wintermonaten des Jahres 1963 wesentlich bessere Witterung — um 44 vH angestiegen war, schwächte sich das Produktionswachstum der Bauwirtschaft auf 7 vH im 2. Vierteljahr und 5 vH im 3. Vierteljahr ab; auch im 4. Vierteljahr dürfte die Wachstumsrate nicht höher gewesen sein. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung nimmt (in seinem Wochenbericht vom 27. November 1964, auf den wir uns im folgenden stützen) für das ganze Jahr eine Zunahme der Bautätigkeit um *real* 11 vH und *nominal* knapp 15 vH an.

Die Abschwächung des Produktionswachstums hat nach Ansicht des Instituts die Hoch- und Tiefbautätigkeit gleichermaßen erfaßt, und sie ist vor allem im Wohnungsbau, auf den noch immer fast sechs Zehntel des Hochbauvolumens entfallen, nachfragebedingt. „Die vorhandenen Produktionskapazitäten, auch die des Ausbaugewerbes, haben mittlerweile ein Niveau erreicht, das es erlaubt, ohne Beeinträchtigung der Bautätigkeit in den übrigen Hochbaubereichen etwa 600 000 Wohnungen jährlich zu bauen.“ Es ist damit zu rechnen, daß das Jahr 1964 mit rund 600 000 fertiggestellten Wohnungen noch einmal ein Rekordergebnis aufweisen wird. Aber die Produktionsreserve im Wohnungsbau — ausgewiesen an der Zahl der bereits genehmigten, aber noch unvollendeten Bauvorhaben und an deren Reifegrad — dürfte im Verlauf des Jahres nicht unbeachtlich geringer geworden sein. Allmählich wird jedenfalls wegen der verbesserten Versorgung mit Wohnungen, dem relativen Rückgang der öffentlichen Finanzierungshilfen und den damit verbundenen Kostenerhöhungen sowie überhaupt wegen der gestiegenen Bau- und Bodenpreise die Nachfrage nach Neubauwohnungen voraussichtlich zurückgehen.

Während bisher ein starker Nachfrageüberhang, der mehrfach erheblich zur Konjunkturübersteigerung beigetragen hat, für den Wohnungsbau kennzeichnend war, sieht es jetzt so aus, als würden künftig in diesem Bereich nach und nach mehr Produktionskapazitäten unausgenutzt bleiben oder, besser, für andere Aufgaben frei werden. Diese Entwicklung wird der staatlichen Finanzpolitik in den nächsten Jah-

ren die Möglichkeit zu einer Forcierung der sehr dringlichen, bisher aber zu kurz gekommenen öffentlichen Investitionen im Bildungs- und Gesundheitswesen geben, ohne daß es dadurch zu unerträglichen Spannungen auf dem Baumarkt kommt. Der Anteil der öffentlichen Hochbauvorhaben am gesamten Bauvolumen — zur Zeit rund ein Achtel — wird ohne Gefahr erhöht werden können.

Freilich setzt das die Bereitschaft der Parlamente sowie der Regierungen bzw. Gemeindeverwaltungen voraus, einem erheblich über dem Durchschnitt liegenden Anwachsen der öffentlichen Mittel für die Investitionen zuzustimmen. Die weit verbreitete Ansicht, daß eine Kürzung der öffentlichen Bauausgaben der wichtigste Beitrag der öffentlichen Hand zur Konjunkturdämpfung sei, wird dieser differenzierteren Entwicklung jedenfalls nicht gerecht.

Ein solches globales Kürzungsverfahren wurde in den letzten Jahren mehrfach beim Bundeshaushalt beschlossen, und den Ländern und Gemeinden wurde empfohlen, diesem Beispiel zu folgen. Diese falsche, zu undifferenzierte Betrachtungsweise hat 1964 erheblich dazu beigetragen, daß im Tiefbau die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten nicht genügend ausgenutzt wurden, obwohl gerade im Straßenbau noch sehr viel nachzuholen ist. Zum erstenmal seit längerem hat der Tiefbau im Laufe des Jahres 1964 seinen beherrschenden Einfluß auf das Wachstumstempo der Bauproduktion verloren. Es ist zu hoffen, daß die Verantwortlichen aus diesen Fehlern lernen.

Aber nicht nur im Verkehrs- und im Bildungswesen „bezahlt die Bundesrepublik die Orientierungslosigkeit des vergangenen Jahrzehnts einer stets nur verhaltenen Wirtschaftspolitik, die sich zu keiner volkswirtschaftlichen Wachstumskonzeption entschließen konnte“, wie es in den Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (11/1964 S. 233) heißt. Ganz augenfällig ist in diesen Wochen am Beispiel der Auseinandersetzungen um den einheitlichen Getreidepreis in der EWG, wie teuer uns das bisherige Treibenlassen der amtlichen Politik zu stehen kommt.

Das große Geschäft mit dem Getreidepreis

Bekanntlich gibt es nicht nur in der Bundesrepublik im Agrarbereich zum weitaus größten Teil keine freien Märkte, sondern Marktordnungen mit Preisfestsetzungen, Einfuhrbeschränkungen, Subventionen u. ä. Beim Aufbau eines einheitlichen Agrarmarktes innerhalb der EWG geht es deshalb im wesentlichen um die Ablösung der nationalen Marktordnungen durch eine gemeinsame EWG-Agrarmarktordnung. Dabei wird seit längerem über die Angleichung der unterschiedlichen nationalen Getreidepreise an einen einheitlichen Preis, als einem Kernstück dieser Ordnung, verhandelt.

Nach langen Verhandlungen wurde am 1. Dezember 1964 ein Preis von 425 DM je Tonne Weichweizen festgesetzt; er soll ab 1. Juli 1967 gelten. Da der deutsche Weizenpreis bei 475 DM je Tonne liegt, muß er dann also um 50 DM oder 10,5 vH gesenkt werden.

Die Bundesregierung hat — leider muß man sagen: in fast schon gewohnter Weise — die Lösung dieser Frage sehr lange vor sich her geschoben und erst unter starkem Druck, als sie gar nicht mehr anders konnte, ihre Entscheidung getroffen: Sie sprach sich für eine Angleichung des EWG-Weizenpreises auf 440 DM je Tonne aus. Mit diesem Vorschlag kam die deutsche Delegation aber bei den Verhandlungen in Brüssel nicht durch, und die Bundesregierung mußte dann doch auf 425 DM heruntergehen.

Die ursprüngliche Entscheidung für 440 DM traf der Bundeskanzler bemerkenswerterweise nicht in einer Kabinettsitzung, sondern in einer Besprechung des Wirtschaftskabinetts und der Fraktionsvertreter der Koalitionsparteien mit dem Vorstand des Deutschen Bauernverbandes. Dieser hatte hohe Forderungen allein dafür gestellt, daß er in der Getreidepreisfrage überhaupt mit sich reden ließ. Der Bundeskanzler erfüllte diese Forderung fast völlig — wie es heißt, selbst zur Überraschung des Bauernverbandspräsidenten *Rehwinkel*. In unserem letzten Bericht hatten wir einen Auszug aus einem der Briefe wiedergegeben (GM 11/64 S. 688), in denen *Rehwinkel* dem Bundeskanzler in ungebührlicher Weise gedroht und auf die Bundestagswahl hingewiesen hatte. Dennoch gab Prof. *Erhard* nach.

In seinen Reden gibt er sich freilich gern als ein Mann, der das Wohl des ganzen Volkes hart und erfolgreich gegen die Forderungen der Verbände verteidigt. So sagte er in seiner Regierungserklärung am 18. Oktober 1963: „Je größer der Druck der Verbände und Gruppen auf den Gang der Politik, je ungehemmter der Egoismus von Teilgewalten sich entfesselt, um so entschiedener ist es allen verantwortlichen Kräften — und im besonderen Maße der Bundesregierung — aufgegeben, für die Respektierung des Gemeinwohls Sorge zu tragen.“ Diese Worte stehen in krassem Gegensatz zum Verhalten des Bundeskanzlers gegenüber dem Bauernverband. Außerdem widersprechen die Zusicherungen, die *Rehwinkel* gegeben wurden, den ständigen Maßhalteappellen *Erhards*.

Denn die Landwirtschaft soll zusätzlich zu den Subventionen und Vergünstigungen, die sie bereits erhält, allein dafür, daß sie eine Getreidepreissenkung ohne Protest hinnimmt, im Jahre 1965 rund 850 Mill. DM und vom Jahre 1966 ab — mindestens bis 1970 — jährlich 1,1 Md. DM erhalten. Bevor überhaupt der Getreidepreis am 1. Juli 1967 gesenkt wird, soll der Bund also bereits — aus allgemeinen Steuermitteln natürlich — rund 2,5 Md. DM

zahlen. Das ist allein schon mehr als der Erlös aus der Getreideernte eines Jahres, der sich z. B. im Landwirtschaftsjahr 1962/63 auf 2,17 Md. DM belief. Zu den 2,5 Md. DM kommen aber nach der Getreidepreissenkung bis zum Beginn des Jahres 1970 weitere 2,8 Md. DM hinzu.

Diese insgesamt 5,3 Md. DM dienen nach Ansicht *Rehwinkels* indessen lediglich der „Bereinigung des Vorfeldes“. Der eigentliche Ausgleich für die durch die Getreidepreissenkung eintretenden Erlösminderungen wird nämlich ab Sommer 1967 von der Ausgleichskasse der EWG gezahlt werden. Diese Ausgleichszahlungen sollen im ersten Jahr 560 Mill. DM, im zweiten Jahr 374 Mill. DM und im dritten Jahr 187 Mill. DM betragen; insgesamt sind es vom Sommer 1967 bis Ende 1970 reichlich 1,1 Md. DM. Dabei wurde für die ersten beiden Jahre nicht nur die Erlösminderung beim Getreideverkauf berücksichtigt, die bei einer Preissenkung auf 425 DM auf der Grundlage der Erlöse von 1962/63 jährlich 228 Mill. DM betragen würde. Vielmehr wurde angenommen, daß die Getreidepreissenkung eine Senkung anderer Preise, vor allem der Viehpreise, nach sich zieht; eine Annahme, die von der Erfahrung nicht gedeckt wird. Prof. *Priebe*, einer der namhaftesten deutschen Agrarwissenschaftler, bezeichnet jedenfalls in einem sehr informativen, mit vielen Daten belegten Aufsatz über das Dilemma der deutschen Agrarpolitik (in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 5. Dezember 1964 S. 5) die Ausfälle als Beträge, „die im Rahmen jahresbedingter Einnahmeschwankungen liegen“, und er stellt „sie der Steigerung der Verkaufserlöse von rund 3,6 Md. DM allein in den beiden letzten Wirtschaftsjahren“ gegenüber.

Rechnen wir zusammen: Bis Ende 1969 würden die entstehenden Erlösminderungen durch eine ab 1. Juli 1967 wirksame Getreidepreissenkung auf 425 DM je Tonne direkt nicht mehr als rd. 600 Mill. DM betragen; selbst wenn indirekte Wirkungen der Preissenkung angenommen werden, dürften es nicht mehr als 1 Md. sein. Dafür sind der Landwirtschaft zusätzliche Zahlungen aus Steuermitteln des Bundes und aus der EWG-Ausgleichskasse schon jetzt in Höhe von rund 6,4 Md. DM zugesagt worden! Es ist zu befürchten, daß dieser Betrag noch beträchtlich höher wird.

Man sieht, die Drohungen des Bauernverbandes zahlen sich aus. Prof. *Priebe* beschreibt diese Erfolge in dem schon erwähnten Artikel als „die erstaunliche Leistung einer kleinen Führungsgruppe, die im Kampf für ihr Dogma unnachsichtig gegen jeden Abweichler vorgeht . . . und letzten Endes von der mangelnden Vertrautheit vieler Politiker mit den Zusammenhängen lebt“. Er weist darauf hin, daß es sich um den Interessenkampf einer kleinen Gruppe von gut verdienenden Landwirten handelt, während die große Masse der Bauern

nur wenig von der Getreidepreissenkung betroffen wird. Diese kleine Gruppe von Landwirten mit überdurchschnittlichem Einkommen erhält indessen auch relativ am meisten von den Subventionen. In einer von Priebe zitierten wissenschaftlichen Untersuchung wird nachgewiesen, „daß die Bauern in günstigen Lagen, wie in Ostholstein und der Kölner Bucht, von den allgemeinen Subventionen des Grünen Planes 1961 je Arbeitskraft 800 bis 1000 DM erhielten, während in den kleinen Betrieben mancher süddeutschen Mittelgebirge davon nur 150 bis 300 DM ankamen“.

Sowohl in dem erwähnten Beitrag in der FAZ wie auch in einer längeren Abhandlung

in der Wirtschaftszeitschrift *Der Volkswirt* weist Prof. Priebe nach, daß sich die Landwirtschaft nach dem Kriege im ganzen sehr günstig entwickelt hat. „Für eine Existenzgefährdung großer Teile der deutschen Landwirtschaft liegen keinerlei sachliche Anzeichen vor“, schreibt er abschließend im *Volkswirt*. „Wenn das immer wieder behauptet wird, so sind daran nicht zuletzt die Politiker schuld, die sich einschüchtern lassen und der Landwirtschaft unerfüllbare Versprechungen machen. Das künstliche Hochspielen einer scheinbaren Not-situation droht den Blick für die Wirklichkeit zu trüben und zuletzt Lebensinteressen des gesamten Volkes zu gefährden.“ *Günter Pehl*